

Wohnpolitische Perspektiven für die Stadt Salzburg

Das Forum Wohnungslosenhilfe hat am 21. Februar 2019 die Kandidat*innen zur Gemeinderatswahl am 10.3.2019 zu einem Hearing zum Thema Wohnen / wohnpolitische Perspektiven und Vorhaben eingeladen. An diesem Gespräch haben sich Anja Hagenauer (SPÖ), Christoph Fuchs (ÖVP), Martina Bertold (Bürgerliste), Lukas Rößlhuber (NEOS), Renate Pleininger (FPÖ) und Kay-Michael Dankl (KPÖplus) beteiligt und ihre spezifischen Positionen zu wichtigen wohn- und sozialpolitischen Fragestellungen vorgestellt.

Wenig überraschend sind sich die VertreterInnen der kandidierenden Parteien zwar in der Einschätzung der zentralen Problemstellungen bezüglich der Kostenentwicklung und des Mangels an leistbaren Wohnungen einig. In der Wahl der kommunalpolitischen Maßnahmen treten jedoch große Unterschiede zutage.

Die nachstehenden Ausführungen der parteipolitischen Positionierungen zeigen deutlich, dass es auch nach der Wahl gezielter Interventionen bedarf, um die Wohnversorgungskrise von einkommensschwachen Salzburger*innen nachhaltig beenden zu können.

RECHT AUF WOHNEN ALS GRUNDLAGE FÜR KOMMUNALE WOHNPOLITIK

Wohnen stellt ein Grundbedürfnis dar und muss als Grundrecht beachtet werden. Wie sollten ihrer Ansicht nach die wohnpolitischen Vorgaben und Instrumente aussehen, um eine solidarische Wohnpolitik umsetzen zu können?

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
Wir sind grundsätzlich dafür, wenn jede/r Bürger/in eine Wohnung zur Verfügung gestellt bekommt: würdige Unterkunft für alle zu gewährleisten. Dazu braucht es kommunalen Wohnbau durch gewerbliche Bauträger. Man muss darüber nachdenken, als Stadt selbst Wohnungen zu bauen.	Leistbares Wohnen brauchen alle. Deshalb sind auf europäischer Ebene die Grundlagen für „Recht auf Wohnen“ formuliert, z.B.: die Europäische Sozialcharta, die EU-Säule der sozialen Grundrechte etc. Wohnen ist ein Grundrecht, dieses Basisrecht soll gut abgesichert sein.	Die Stadtverfassung wird nicht von der Stadt sondern vom Land gemacht. Es ist unbestritten, dass Wohnen ein Menschenrecht ist. Aber: Es wird nie und nimmer eine 100-prozentige Wohnversorgung für alle Bürger*innen in der Stadt Salzburg geben, Deshalb sind Beschränkungen der Zugänge zu Wohnungen notwendig und gerechtfertigt.	Die Gesetzeskompetenz, ein Recht auf Wohnen im Stadtrecht zu verankern, liegt nicht bei der Stadt. In Frage steht: Wie kann Wohnraum lukriert werden? Die Stadt ist aufgerufen, Baugründe zu kaufen und nachzurüsten. Dass die Stadt selbst Wohnungen bauen soll, scheidet daran, dass die Grundstücke nicht verfügbar sind. Außerdem: Um gut zu leben, gehört viel mehr dazu, nicht nur das Wohnen.	Politik braucht Erdung und muss sich darauf besinnen, was auch machbar ist. Das Recht auf Wohnen gesetzlich zu verankern, halten wir für nicht zielführend, weil die Bundesverfassung ohnedies überfrachtet ist. Stattdessen muss das Augenmerk darauf gelegt werden, in der Vergabepolitik die soziale Treffsicherheit zu gewährleisten.	Die KPÖ tritt für eine Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Verfassung ein und unterstützt die Forderung, es zu einem effektiven Recht zu machen. In Schottland ist z.B. normiert, dass bei unverschuldetem Wohnungsverlust jede/r ein Recht auf eine andere Wohnung hat. Die aktuellen Zahlen in Salzburg weisen auf die hohe Dringlichkeit hin: 1000 Personen/Haushalte stehen bei der Delogierungsberatung an, 1500 Leute kommen bei Freunden unter.

ZUGANG ZUM SOZIALEN WOHNUNGSMARKT, ZU GEMEINDEWOHNUNGEN SOWIE GEFÖRDERTEN MIETWOHNUNGEN

Trotz wachsender Bedeutung von Mobilität in Gesellschaft und Arbeitswelt führt die Stadt Salzburg eine fünfjährige Residenzpflicht ein. Wie stehen Sie zur Verlängerung der Residenzpflicht? Wie könnte eine diskriminierungsfreie Vergabe günstiger Wohnungen umgesetzt werden?

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
<p>Es gibt eine große Zahl an Werber*innen aber nicht genug Wohnungen. Deshalb braucht es Regelungen, unter welchen Voraussetzungen jemand eine Wohnung bekommt.</p> <p>Nachdem in der Folge von 2015 anerkannte Asylwerbende vermehrt auf den Wohnungsmarkt gedrängt sind, wurde eine 5-jährige Residenzpflicht eingeführt.</p> <p>Ergänzend dazu müssen in Zukunft die Einkommengrenzen gesenkt werden, damit diejenigen, die wirklich wenig Geld haben, auch tatsächlich eine Wohnung zugeteilt bekommen.</p>	<p>Wohnprobleme können durch restriktive Vergabe nicht gelöst werden. Die Bürgerliste hat sich stattdessen für moderne, transparente und faire Richtlinien eingesetzt:</p> <p>Bedürftigkeit muss in den Vordergrund gerückt werden, erzieherische Maßnahmen (z.B. Deutschkenntnisse) sind fehl am Platz.</p> <p>Die Befristung der Mietverträge auf 10 Jahre ist u.E. ungeeignet, die angestrebte Durchmischung zu sichern und Wohnghettoisierung zu vermeiden. Eine einkommensabhängige Miete führt dagegen dazu, dass in den Quartieren nur die wirtschaftlich Schwächeren bleiben.</p>	<p>Die Vergaberichtlinien sollen treffsicher, transparent und gerecht sein. Diese wurde mit vielen Angeboten zur Partizipation erarbeitet.</p> <p>Die Verlängerung der Residenzpflicht war notwendig, um damit die Diskriminierung der EU-BürgerInnen zu beseitigen.</p> <p>Zudem haben nun auch jene, die in der Vergangenheit 15 Jahre in Stadt gelebt haben, Anspruch auf eine Gemeindewohnung, auch wenn sie dazwischen weg waren.</p> <p>Treffsicherheit: 40% der Menschen nehmen eine angebotene Wohnung nicht an. Nun werden 3 Wohnungen zur Wahl gestellt. Bei 3-maliger Ablehnung gibt es kein Wohnungsangebot mehr.</p>	<p>Die Vertreterin der FPÖ stimmt den Ausführungen von Anja Hagenauer zu und betont, dass die Erarbeitung der Vergaberichtlinien ein langwieriger Prozess war, in dem die Gründe für die Verlängerung der Residenzpflicht ausführlich diskutiert wurden.</p> <p>Residenzpflicht: Es gibt in Salzburg 3900 Wohnungssuchende, aber die Stadt vergibt 400 bis 450 Wohnungen im Jahr.</p> <p>Bei Ablehnungen von Wohnungen durch Wohnungssuchende ist wohl die Not nicht so groß.</p>	<p>Befristung der Mietverträge ist sinnvoll, weil sonst Verwandte mit Topverdienst in den Vertrag einreten können.</p> <p>Residenzpflicht ermöglicht, fremdenrechtliche Vorgaben in der Wohnungsvergabe zu berücksichtigen. Wir können nicht alle wohnversorgen und müssen auf „unsere“ Bewohner*innen schauen.</p> <p>Durchmischung: Um ein gutes Zusammenleben in der Wohnsiedlung zu fördern, wird ein Monitoring eingeführt („Ampelsystem“). Wir müssen im Bedarfsfall sozialpolitisch dagegen steuern, z.B. durch Jugendzentren etc.</p>	<p>Die aktuellen Vergaberichtlinien weisen zusätzliche Hürden auf, bringen viele Verschlechterungen und lassen viele Themen unberücksichtigt, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • klare und soziale Vergabekriterien bei den Genossenschaften • über den privaten Wohnungsmarkt zu reden • den Leerstand zu skandalisieren und • Maßnahmen gegen den Missbrauch von Wohnungen als Kapitalanlage. <p>Der Zugang zu günstigen Wohnungen muss nach sozialen Kriterien möglich sein.</p>

Diskussionsbeiträge aus dem Publikum:

Peter Wieser (Verein Neustart): Ich verstehe den Ärger über die Ablehnung der Wohnung. Aber das heißt nicht, dass die Wohnungen nach einer Ablehnung frei bleiben. Restriktionen bei der Vergabe wirken eher wie eine Trotzreaktion aber nicht wie ein Versuch, tatsächliche Probleme zu beheben.

Birgit Thaler-Haag (Frauenhaus): Die Verknüpfung der Vergabe von Wohnungen mit fremdenrechtlichen Regelungen macht es Frauen schwer, eine Anspruchsbe-
rechtigung zu erwerben. Frauen mit Migrationshintergrund haben oft keinen Daueraufenthalt, weil sie immer nur eine Verlängerung des Aufenthaltstitels
für jeweils ein Jahr bekommen. Unter diesen Vorzeichen werden Menschen von der Wohnungsvergabe ausgegrenzt, unabhängig davon, wie lange sie
schon in Salzburg leben.

Petra Geschwendtner (Soziale Arbeit gGmbH): Ich kann beim Menschen nicht durch den Blick auf den Lohnzettel feststellen, welche Streitkultur er pflegt. Eine
einkommensbezogene Mietregelung ist unzureichend, um ein gutes Wohnklima in den Siedlungen sicherzustellen.

Petra Geschwendtner (Soziale Arbeit gGmbH): Die SAG vertritt Personen mit einem geringen Einkommen. Der private Wohnungsmarkt zeichnet sich jedenfalls
durch hohe Wohnkosten aus. Hier gilt, dass die Mieten das Einkommen auffressen. Viele Menschen stehen zwar im Erwerbsleben und können sich trotz-
dem keine Wohnung leisten. Mit der 5jährigen Residenzpflicht widerspricht man dem Grundrecht auf Wohnen. 5 Jahre Residenzpflicht ist zu viel!

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
Bei der Erarbeitung der Vergaberichtlinien haben wir uns an dem Grundsatz orientiert, dass wir für die da sein wollen, die dauerhaft in Salzburg leben. Für Dringlichkeitsfälle, z.B. für Frauen, die von Gewalt bedroht sind, gibt es spezifische Programme und Vorsorgen, z.B. Frauenhaus. Das ist keine Aufgabe des Wohnungsamtes.	Um Lebensqualität und Wohnzufriedenheit in den Siedlungen zu fördern, wird es wichtig sein, mit den Bewohner*innen zusammen Initiativen zu entwickeln. Bürokratische Hürden wie Einkommenscheck sind unseres Erachtens ein falscher Weg. Das gilt auch für die Ablehnung von Wohnungen. Wir müssen im Detail hinschauen, warum die Men-	Irgendwo musste man einen Schnitt machen - Menschen sind privilegiert, wenn sie länger hier sind. Zusätzlich wird die Liste nicht mehr nur ein Mal im Jahr sondern laufend aktualisiert. Es gibt damit auch unterm Jahr die Möglichkeit einer Anmeldung. In Dringlichkeitsfällen können Ausnahmen gemacht werden.	Ausnahmefälle werden spezifisch behandelt, es gibt auch Ausnahmen für Personen, die keinen Daueraufenthaltstitel haben. <u>Durchmischung und Treffsicherheit:</u> Bei der Wohnungsvergabe in neu errichteten Wohnanlagen soll es in Zukunft eine soziale Begleitung geben. Es soll nicht nur auf das Gehalt geschaut werden.	EU-Recht und Verfassung verbieten Diskriminierung. Deshalb haben wir die Residenzpflicht auf 5 Jahre erweitert. Für Härtefälle wird es Möglichkeiten der Wohnversorgung geben. Wenn alle GSWB-Wohnungen zur Verfügung stehen, kann die Stadt Vorschläge der NGO's bei der Vergabe berücksichtigen.	Die Politik muss sich dazu bekennen, leistbaren Wohnraum zu schaffen, weil der private Wohnungsmarkt die Preise weiterhin anheizt. Für soziale Durchmischung ist zu beachten, ob es zu einer Ghettoisierung von einkommensschwachen Personen kommt. Hier empfiehlt sich ein Blick nach Graz.

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
	schen die Wohnungen ablehnen, und dann gemeinsam überlegen, wie wir mit den Wohnwünschen der Antragsteller*innen besser umgehen.	Für Frauen in Wohnungsnot stehen Übergangswohnungen bereit → gemäß Vergabekriterien und durch die Stadt. Eine Übertragung an Vereine ist ausgeschlossen.			

WIE KANN SICHERGESTELLT WERDEN, DASS WOHNEN IN SALZBURG LEISTBAR WIRD?

Wie definieren Sie leistbares Wohnen? Auf welche konkreten Maßnahmen zur Schaffung von leistbarem Wohnraum für alle Salzburger legen Sie sich fest? Wie sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen konsequenten Schutz des vorhandenen Wohnungsbestandes aussehen?

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
Wenn man von gestiegenen Mietpreisen spricht, muss man auch sagen, dass die Qualität gestiegen ist. Um Leistbarkeit wieder zu gewährleisten, halten wir es für notwendig, höher und dichter zu bauen (siehe: Grünlanddeklaration) nicht angreifen. Die Preisentwicklung auf dem privaten Wohnungs-	30% des Haushaltseinkommens für Wohnen sind als Messgröße für Leistbarkeit o.k. Auf Sicht sollte gemäß dem Referenzbudget darauf geachtet werden, dass nach Abzug der Wohnkosten für den täglichen Bedarf € 800 zur Verfügung stehen. Es werden viele geförderte Wohnungen gebaut, aber die Studie des SIR hat gezeigt, dass sich vor allem	In den vergangenen Jahren / Jahrzehnten wurden viele Wohnungen neu gebaut. Durch Veränderung der Lebensrahmenbedingungen und der Wohnwünsche ist der Bedarf nach Wohnungen gestiegen. Das Recht auf Wohnen ist nicht auf die eigenen 4 Wände zu beschränken, es müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Wohnen attraktiv	30% des Einkommens für Wohnen: Dieser Forderung stimmt die FPÖ zu. Betriebskosten müssen bei der Wohnbeihilfe eingerechnet werden, weil die Hälfte der Kosten häufig BK sind. Die Ö-NORMEN müssen durchforstet werden, damit günstiger gebaut werden kann. Substandard -Wohnungen	In Salzburg gibt es ca. 25.000 Nebenwohnsitze. Das betrifft z.B. Studierende, pflegende Angehörige. Ein Hauptwohnsitzgebot wäre nicht überprüfbar. In Bezug auf Zweitwohnungen und touristische Nutzung von Wohnungen müssen Lösungen gefunden werden, die in der Praxis halten. Privater Wohnungsmarkt: Das Land verwendet jedes	Ziel muss sein: 30% des Einkommens fürs Wohnen. Zurzeit ist Salzburg trauriger Spitzenreiter in Österreich, was den Anteil von Wohnkosten beim Einkommen betrifft. In jedem Fall ist Profitorientierung auf dem Wohnungsmarkt kein geeignetes Mittel dafür, dass Wohnen wieder leistbar wird. Stattdessen braucht es eine Leerstandsabgabe , eine

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
<p>markt ist ein Ergebnis der Überregulierung. Dadurch ist Leerstand entstanden, weil Wohnungsbesitzer*innen nicht mehr sicher sind, ob sie auf ihre Wohnungen bei Bedarf auch zugreifen können. Es ist uns wichtig, dass Anreize gesetzt werden, damit wieder mehr vermietet wird!</p> <p>Die Überregulierung, die wir im Mietrecht haben, muss eingedämmt werden!</p> <p>In Zukunft muss auch verstärkt darauf geachtet werden, dass eine Stadt ein Organismus ist, der nicht nur aus Wohnungen besteht. Wir dürfen nicht nur mehr und mehr Wohnungen hin bauen, sondern müssen auch auf die Infrastruktur achten. Dann kann man auch darüber reden, die Stellplätze zu reduzieren.</p>	<p>der Bestand an Wohnungen ohne Hauptwohnsitz vergrößert hat. Mehr als 15.000 Wohnungen haben keinen Hauptwohnsitz und weitere ca. 4000 Wohnungen stehen leer. Wir fordern deshalb ein Hauptwohnsitzgebot.</p> <p>AirBnB: Hier braucht es eine klare Haltung und strikte Regelungen.</p> <p>Wohnungsneubau: Das Modell in Tirol zeigt, wie günstiges Wohnen aussehen kann. Dort können Quadratmeterpreise von € 5 realisiert werden → ohne Abstriche bezüglich Barrierefreiheit.</p> <p>Wohnbauförderung: die Laufzeiten in der WBF müssen länger werden.</p> <p>Stellplatzverordnung: Es ist u.E. unerlässlich, die Stellplätze zu reduzieren. Städte wie Darmstadt zeigen vor, wie das geht.</p>	<p>zu machen: z.B. Kindergärten in Reichweite, soziale Einrichtungen in der Nähe, z.B. Repaircafe etc.</p> <p>Was braucht es, damit Wohnen und die Wohnumgebung zur Lebensqualität beitragen?</p>	<p>müssen saniert werden.</p> <p>Das Mietrecht muss zum Schutz von Mieter*innen & Vermieter*innen überarbeitet werden.</p> <p>Leerstandmobilisierung: Eigentum ist im Gesetz verankert. Ein Zwang zur Vermietung kommt einer Enteignung gleich und wird von der FPÖ abgelehnt.</p>	<p>Jahr 1/3 des Budgets der Wohnbauförderung für die Wohnbeihilfe, nur 2/3 für Angebotserweiterung durch geförderten Neubau bzw. Sanierung.</p> <p>Wohnungsneubau: Das Beispiel Schwaz sehe ich sehr kritisch. Dort wurde das Bauland gratis zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde der Mietpreis so reglementiert, dass die Miete alle 10 Jahre angepasst wird und sprunghaft steigt. Besser wäre von Anfang an eine Finanzierung für 35 Jahre.</p>	<p>strikte Beschränkung der Zahl von Wohnungen, die über Plattformen wie Airbnb vermietet werden.</p> <p>Kritisch muss festgestellt werden, dass nur zaghafte Versuche gesetzt werden, etwas an der Misere zu ändern.</p> <p>In Frage steht, wie in der Stadt Salzburg ausreichend Druck erzeugt werden kann, damit wohnpolitische Instrumente entwickelt, implementiert und umgesetzt werden, die eine solidarische Wohnpolitik gewährleisten.</p>

Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum

Torsten Bichler (Caritas): Einen Aspekt darf man nicht vergessen. Wären die Einkommen im selben Ausmaß wie die Mieten gestiegen, hätten wir die Diskussion nicht. Tatsache ist aber, dass die Schere zwischen Einkommen und Wohnkosten stetig auseinander geht.

Petra Geschwendtner (Soziale Arbeit gGmbH): Mehr als 1/3 der Mittel aus der Wohnbauförderung fließt in Wohnbeihilfen. Das zeigt, dass für die Menschen das Wohnen nicht mehr leistbar ist. Dieser steigende Aufwand schafft jedoch keine Strukturveränderung. Es braucht immer mehr Transferleistungen, damit Haushalte bis in die Mittelschicht hinaus sich Wohnen leisten können. Das Hauptproblem liegt in der Verknappung der verfügbaren leistbaren Wohnungen.

Georg Leitinger (Studentenwerk): Leistbaren Wohnbau zu errichten, ist möglich. Für die Gemeinnützigen ist vor allem der Qualitätsanspruch ein Thema. Früher hatten wir einen Durchschnitt von 40 m² / Person. Jeder m² kostet. Die ÖNORM – Bestimmungen kommen von der Wirtschaft. Verteuerung der Baukosten durch viele kleine Bausteine. Ein großer davon sind die Grundstückspreise. Die Festlegung auf 30% des Einkommens für Wohnkosten als Kriterium für Leistbarkeit ist m.E. irreführend, weil 30% bei € 4.000 Einkommen etwas anders ist als bei € 1.200,-. „Leistbares Wohnen“ zu definieren ist schwierig.

Birgit Thaler-Haag (Frauenhaus): Die Stadt muss Grundstücke ankaufen und damit Wohnbau fördern, das ist die einzige mögliche Lösung.

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
keine Ad-hoc-Wortmeldung	Es braucht einen Wohnfonds. Ich bin schon der Meinung, dass die Stadt selber bauen sollte, aber natürlich muss dabei auf die Kosten geschaut werden. Vor allem aber erscheint es mir wichtig, dass alle Maßnahmen, die es gibt, auf den Tisch gelegt und gründlich diskutiert werden.	Kommunaler Wohnbau auf eigenen Gründen, da ist die Feuerwache Itzling ein aktuelles Beispiel, wo die Stadt günstige Stadtwohnungen baut. Das ist ein Probelauf. Beispiel Ulmer Modell: Dort dürfen Grundstücke nur durch die Stadt Ulm gekauft werden. Die Stadt vergibt dann Aufträge für Neubau.	keine Ad-hoc-Wortmeldung	Feuerwehrwache Itzling ist ein schlechtes Beispiel, weil Mittel des Bundes als Sonderförderung zugeschossen werden. Die Baukosten sind sehr hoch, ein gemeinnütziger Bauträger hätte günstiger gebaut. Das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz regelt, dass Bauträger keine Gewinne ausschütten dürfen und dass alle Erträge in den Wohnbau zurückfließen. Die Gemeinnützigen haben die Expertise.	Musste Hearing wg. Terminkollision leider früher verlassen

ÜBERTEUERTER PRIVATER WOHNUNGSMARKT

Wie sollen Ihrer Ansicht nach die Vorgaben im Rahmen der Subjektförderung (Wohnbeihilfe) sowie des „höchstzulässigen Wohnaufwandes“ angepasst werden?

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
Wir werden darauf achten müssen, wie sich in Zukunft das Grundsatzgesetz Sozialhilfe neu entwickeln wird. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren → bei allen künftig geplanten Maßnahmen!	In dieser Frage braucht es eine gute Abstimmung zwischen Stadt und Land. Jedenfalls muss der höchst zulässige Wohnaufwand in der BMS angepasst und die Sozialhilfe NEU entsprechend umgesetzt werden, damit sich einkommensschwächere Haushalte ihre Wohnung leisten können. Damit die Wohnbeihilfe nicht aus dem Ruder läuft, wird es notwendig sein, a) die Vergabe von Sozialwohnungen bedarfsgemäß auszurichten, b) Ausgrenzungen aus dem sozialen Wohnungsmarkt zurückzunehmen und den Bestand zu erweitern.	Der höchst zulässige Wohnaufwand in der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist keine Aufgabe der Stadt sondern des Landes. Wir haben vor längerer Zeit signalisiert, dass das angepasst werden muss. Privatpensionen: Ich war erst kürzlich wieder im Nussdorfer Hof. Dort vegetieren Menschen vor sich hin. Die Betreiber*innen kassieren dafür offiziell zwar wenig, inoffiziell aber mehr als HWA-Satz. Projekte wie „meinZuhause“, nur etwas weniger qualitativ, müssen verstärkt vorangetrieben werden, um den privaten PeZi-Anbietern, die zu nicht zulässigen Preisen vermieten, das Wasser abzugraben. Nach der Wahl werden neue Projekte in Angriff genommen, die Stadt ist hier schon mit einem Träger in konkreten Verhandlungen.	Das was in diesen „Billig-Pensionen“ passiert, das ist Wucher und Wucher ist ein strafrechtlicher Tatbestand.	Musste Hearing wg. Terminkollision leider früher verlassen	Musste Hearing wg. Terminkollision leider früher verlassen

Anmerkungen aus dem Publikum

Heinz Schoibl (Helix): Zusätzlich zu den subjektiven Hilfen der Wohnbetreuung, der individuellen Vermittlung in adäquate Wohnverhältnisse gilt es auf Sicht jedenfalls auch, auf die strukturelle Ebene zu achten und jene Stellschrauben zu bedienen, die aktuell für die Entwicklung dieser Form des Wohnprekariats

verantwortlich sind. Das bedeutet, dass es Kontrolle, Beratung und Sanktionierung bei Wucher braucht. MeinZuhause nimmt den Druck zB nicht raus – es gibt zusätzlich 55 Wohnplätze in meinZuhause und trotzdem sind Privatpensionen nach wie vor voll.

Peter Wieser (Neustart): Alternativen müssen geschaffen werden, weil Druck auf die PeZi-Hausbetreiber den Betroffenen schadet.

BEKÄMPFUNG VON WOHNUNGSNOT UND WOHNUNGSLOSIGKEIT

Das Ausmaß von Wohnungsnot und –losigkeit hat in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen und sich mittlerweile auf hohem Niveau stabilisiert. Wie wollen Sie der verdeckten Wohnungslosigkeit, die zum Beispiel Frauen stark betrifft, beikommen? Wie soll die Wohnungsnot der mitziehenden Minderjährigen gelindert bzw. bekämpft werden?

NEOS Lukas Rößlhuber	BÜRGERLISTE Martina Berthold	SPÖ Anja Hagenauer	FPÖ Renate Pleininger	ÖVP Christoph Fuchs	KPÖplus Kay-Michael Dankl
Das Wichtigste ist die Regelung der Wohnungsvergabe, die sozial treffsicherer werden muss. Eine Möglichkeit dafür ist eine Entkoppelung der Wohnungsvergabe von der Wohnbauförderung und die Neuregelung der Einkommensgrenzen.	Maßnahmen auf mehreren Ebenen: leistbare Wohnungen, Projekte wie „meinZuhause“, weiters muss die gute Zusammenarbeit zwischen Organisationen und Politik weiter verstärkt und vernetzte Hilfe angeboten werden.	Das ist Landesaufgabe, aber die Stadt trägt dazu bei, z.B.: WiNost. Obdachlosigkeit wird nicht beseitigt werden können. Viele Personen, die in den Regionen obdachlos werden, kommen in die Stadt.	Mit den neuen Vergaberichtlinien wird das besser werden. Was es aber auf jeden Fall braucht, das sind mehr leistbare Wohnungen für junge Familien und Alleinerzieherinnen.	Musste Hearing wg. Terminkollision leider früher verlassen	Musste Hearing wg. Terminkollision leider früher verlassen

Abschließend bedankt sich Heinz Schoibl für das Forum Wohnungslosenhilfe für Teilnahme und engagierte Diskussion bei den Vertreter*innen der Politik sowie der WLH-Einrichtungen.